

Dezernat I - Bauen, Wirtschaft und Umwelt
FB Bauordnung und Kataster

Landkreis Oberhavel · Adolf-Dechert-Straße 1 · 16515 Oranienburg

BAUKONZEPT Neubrandenburg GmbH
Gerstenstraße 9
17034 Neubrandenburg

Direkt für Sie da:
Raum-Nr.:
Telefon:
Telefax:
E-Mail:
Adresse:

Frau Oldorf
3.20
03301 601-3649
03301 601-80517
asja.oldorf@oberhavel.de
Adolf-Dechert-Straße 1
16515 Oranienburg



Aktenzeichen:
521010-06498/2017/ol
(I/52/16 B5 + I/53/16 F5)
(Bei Schriftverkehr bitte immer angeben.)

eingegangen am: 05.10.2020

05.11.2020

Erneute Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange

Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 2 „Solarpark Großwoltersdorf“ der Gemeinde Großwoltersdorf + 5. Änderung des Flächennutzungsplanes des Amtes Gransee und Gemeinden

Sehr geehrte Damen und Herren,

der Landkreis Oberhavel wurde durch Sie mit Schreiben vom 30.09.2020 aufgefordert, zum 4. Entwurf des vorhabenbezogenen Bebauungsplans Nr. 2 „Solarpark Großwoltersdorf“ der Gemeinde Großwoltersdorf und zum geänderten Entwurf der 5. Änderung des FNP des Amtes Gransee und Gemeinden als Träger öffentlicher Belange gemäß § 4a Absatz 3 BauGB erneut Stellung zu nehmen.

Die koordinierende Aufgabe der Bündelung der Stellungnahmen der Kreisverwaltung als Träger öffentlicher Belange obliegt dem Fachbereich Bauordnung und Kataster, Fachdienst Rechtliche Bauaufsicht.

Zur Beurteilung wurden vorgelegt:

- vBPL Nr. 2 „Solarpark Großwoltersdorf“ der Gemeinde Großwoltersdorf (4. Entwurf mit Stand 09-2020),
- 5. Änderung des FNP des Amtes Gransee und Gemeinden (4. Entwurf mit Stand 09-2020).

Von Seiten des Landkreises Oberhavel werden zu o. g. Bauleitplanentwürfen folgende Hinweise abgegeben. Ich bitte Sie, diese im Rahmen der kommunalen Planungshoheit in die erforderliche Abwägung mit einzubeziehen.



1. Belange des Bereiches Planung

1.1 Weiterführende Hinweise zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan

1.1.1 Textliche Festsetzungen (TF)

TF 1.1.1+1.1.2: Gemäß § 9 Absatz 2 Nr. 2 BauGB ist zu bestimmen, dass die bauliche Nutzung als Solarpark unzulässig ist, solange die Geländeregulierung noch nicht erfolgt ist, zu dessen Durchführung sich der Vorhabenträger im Durchführungsvertrag verpflichtet.

TF 1.1.2: Gemäß § 9 Absatz 2 Nr. 1 BauGB ist zu bestimmen, dass die bauliche Nutzung als Solarpark nur bis zum 31.12.2050 zulässig ist, zu dessen Durchführung sich der Vorhabenträger im Durchführungsvertrag verpflichtet.

TF 1.1.1+ 1.1.3: Details zur Geländeregulierung und zum Rückbau der baulichen Anlagen sind über den mit der Gemeinde abgestimmten Vorhaben- und Erschließungsplan bzw. den Durchführungsvertrag zu regeln.

TF 1.1.3: Die Festsetzung 1.1.3 sollte auch um den Rückbau von Erdverankerungen ergänzt werden.

TF 1.2.1: Die „Mahd“ ist als Maßnahme rechtseindeutig zu bestimmen, nicht die „Selbstbegrünung“ (...durch eine Mahd pro Jahr als Extensivwiese zu entwickeln). Zulässig ist die Regelung hinsichtlich der Verwendung von Pflanzenschutz- und Düngemitteln nur, wenn sie zum Erreichen eines Ausgleichsziel erforderlich ist. Dies ist zu prüfen.

1.1.2 Planzeichnung/Planzeichenerklärung

Festsetzung der Höhe:

Es gilt das Höhenbezugssystem DHHN2016 (siehe auch Bezugssystemerlass vom 01.12.2016 des Ministeriums des Inneren und für Kommunales). Planzeichnung und Zeichenerklärung sind zu überarbeiten.

Biotope sind keiner nachrichtlichen Übernahme zugänglich.

Die Zweckbestimmung des Sondergebiets muss so festgelegt werden, dass die städtebauliche Entwicklungs- und Zielrichtung eindeutig ist. Der Nutzungszweck („das Sondergebiet dient vorwiegend...“) ist zu bestimmen.

Das Festsetzungserfordernis der Ein- und Ausfahrt drängt sich nicht auf. Die Straßenbegrenzungslinie fehlt und ist zu ergänzen.

Der VEP unterliegt auch in seinem Inhalt insbesondere die Festlegung des beabsichtigten Vorhabens den Anforderungen an die Bestimmtheit (vgl. Bank in Brügelmann Juli 2012, § 12 Rn. 65). Eine Darstellung der Vorhaben ohne Normcharakter ist nicht ausreichend.

1.2.3 Begründung

Die wesentlichen Inhalte des Umweltberichts sind in der Begründung aufzuführen.

Gemäß Anlage 1 Nr. 2d BauGB sind in Betracht kommende anderweitige Planungsmöglichkeiten zu beschreiben und zu bewerten. Hier ist der Umweltbericht zu untersetzen.

1.2 Weiterführende Hinweise zum Flächennutzungsplan

1.2.1 Planzeichnung/Planzeichenerklärung

Nach § 5 Absatz 1 BauGB ist die Art der Zwischennutzung bis 31.12.2050 in den Grundzügen darzustellen. Ebenso ist die Art der Folgenutzung nach 31.12.2050 in den Grundzügen darzustellen.

Es wurde keine Fläche nach § 5 Abs. 2 Nr. 10 BauGB dargestellt. Die Angabe in der Planzeichenerklärung ist zu korrigieren.

Die Zweckbestimmung des bestehenden Flächennutzungsplans fehlt in der Planzeichnung der 5. Änderung. Es bedarf der erneuten Auslegung des Entwurfs.

Der Ausfertigungsvermerk ist fehlerhaft und bedarf einer Überprüfung.

1.2.2 Begründung

Die wesentlichen Inhalte des Umweltberichts sind in der Begründung aufzuführen.

Gemäß Anlage 1 Nr. 2d BauGB sind in Betracht kommende anderweitige Planungsmöglichkeiten zu beschreiben und zu bewerten. Hier ist der Umweltbericht zu untersetzen.

Eine Standortalternativenprüfung fehlt. Der Flächennutzungsplan stellt planerische Zielaussagen dar und unterscheidet deshalb nicht zwischen Bestand und Neuplanung. Der Alternativenprüfung kommt in der Bauleitplanung eine grundlegende Bedeutung zu. Auf der vorbereitenden Bauleitplanebene werden die wesentlichen Weichen zur Verteilung von Bauflächen/Baugebieten sowie Nutzungen innerhalb des Gemeindegebiets gestellt. Die Alternativenprüfungspflicht ergibt sich aus § 3 Abs. 1 Halbsatz 1 BauGB. Hiernach ist die Öffentlichkeit möglichst frühzeitig über die allgemeinen Ziele und Zwecke der Planung, "sich wesentlich unterscheidende Lösungen", die für die Neugestaltung oder Entwicklung eines Gebiets in Betracht kommen, und die voraussichtlichen Auswirkungen der Planung öffentlich zu unterrichten. Zu der Alternativenprüfung gehört auch die abwägungsgerechte Entscheidung über den Standort für eine bestimmte städtebauliche Entwicklung/Nutzung im Gemarkungsgebiet der Gemeinde. Der Begründungstext ist hinsichtlich der Planungsalternativen zu ergänzen.

2. Belange des vorbeugenden Brandschutzes

2.1 Weiterführende Hinweise

2.1.1 Allgemein

1. Der Lageplan, welcher der örtlichen Feuerwehr zur Verfügung gestellt werden soll, ist rechtzeitig vorher mit der Brandschutzdienststelle Oberhavel abzustimmen.

2. Die geplante gewaltfreie Zugänglichkeit zum Gelände ist rechtzeitig mit der Brandschutzdienststelle Oberhavel abzustimmen.

3. Belange des Fachdienstes Landwirtschaft und Naturschutz

3.1 Weiterführende Hinweise

3.1.1 Landwirtschaft

Die für die Anlage des Solarparks vorgesehene Fläche umfasst im Wesentlichen einen ehemaligen Kiestagebau. Aufgrund der Lage und Wertigkeit der einbezogenen Flächen ergeben sich aus Sicht des Bereiches Landwirtschaft keine Einwände zum Vorhaben.

3.1.2 Naturschutz

Die Planung hat sich im Vergleich zu der Planung zu welcher von der unteren Naturschutzbehörde (uNB) unter Reg.-Nr.: I/ 52/ 16 B4 sowie Reg.-Nr.: I/ 53/ 16 F3 Stellung genommen hat erheblich geändert. Unter anderem wurde der Geltungsbereich des vorhabenbezogenen Bebauungsplans auf 5 ha verkleinert. Geschützte Biotope wurden von der Planung ausgenommen.

Schutzgebiete

Der Geltungsbereich des vorhabenbezogenen Bebauungsplans liegt vollständig im Landschaftsschutzgebiet (LSG) „Fürstenberger Wald- und Seengebiet“.

Bei dem vorhabenbezogenen Bebauungsplan (vBPL) handelt es sich um ein Einzelvorhaben im Sinne des "Erlass über die Zuständigkeit für die Entscheidung über Normenkonflikte zwischen Bauleitplänen

und LSG-Verordnungen" des Ministeriums für Ländliche Entwicklung, Umwelt und Landwirtschaft des Landes Brandenburg (MLUL, jetzt MLUK) vom 22. September 2017. Die untere Naturschutzbehörde (uNB) ist damit gemäß § 1 Abs. 1 Satz 1 Naturschutzzuständigkeitsverordnung (NatSchZustV) zuständig.

Die mit dem vorhabenbezogenen Bebauungsplan eingereichten Unterlagen sind hinreichend konkret um die landschaftsschutzrelevanten Folgen der Realisierung des vBPL abschätzen zu können.

Nach derzeitigem Sach- und Kenntnisstand liegen die Voraussetzungen für eine landschaftsschutzrechtliche Genehmigung gemäß § 4 Abs. 3 der Verordnung über das LSG "Fürstenberger Wald- und Seengebiet" für das Vorhaben nicht vor, da es den Charakter des Gebietes verändert und dem besonderen Schutzzweck nicht unerheblich zuwiderläuft. Allerdings liegen die objektiven Voraussetzungen für eine Befreiung von den Verboten der LSG-Verordnung gemäß § 67 Abs. 1 Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) vor.

Im Rahmen des anschließenden Baugenehmigungsverfahrens ist die entsprechende Befreiung bei der unteren Naturschutzbehörde zu beantragen.

Im Rahmen der vBPL-Aufstellung wurden vom Vorhabenträger bereits alle Unterlagen beigebracht, um die Vereinbarkeit des Vorhabens mit den für die Erhaltungsziele oder den Schutzzweck des sich in unmittelbarer Nähe zum Vorhabenort befindlichen Europäischen Vogelschutzgebietes „Obere Havelniederung“ sowie des FFH-Gebiets "Wolfsloch" maßgeblichen Bestandteilen festzustellen.

Eingriffsregelung

Die Eingriffsregelung gemäß § 14 ff BNatSchG wurde in der Eingriffs- Ausgleichsbilanzierung zum vBPL hinreichend beachtet. Die Umsetzung der Kompensationsmaßnahmen gemäß der Anlage Eingriffs-Ausgleichsbilanzierung ist sicherzustellen.

Artenschutz

Die artenschutzrechtlichen Belange wurden in der „Speziellen artenschutzrechtlichen Prüfung“ zum vBPL hinreichend beachtet. Im Zuge des Baugenehmigungsverfahrens sind die konkreten Maßnahmen mit der unteren Naturschutzbehörde abzustimmen und in enger Zusammenarbeit mit der uNB zu realisieren.

4. Belange des Fachdienstes Wasserwirtschaft

4.1 Weiterführende Hinweise

4.1.1 Allgemein

Zum B-Plan wurde durch den FD Wasserwirtschaft unter der Reg.-Nr. I/52/16 B4 und zum Flächennutzungsplan unter Reg.-Nr. I/53/16 F3 Stellung genommen.

Ergänzungen sind nicht erforderlich.

5. Belange des Fachdienstes Umweltschutz und Abfallbeseitigung

5.1 Weiterführende Hinweise

5.1.1 Bodenschutz/Altlasten, unter Abfallwirtschaftsbehörde

Ergänzungen der Stellungnahme des FD Umweltschutz und Abfallbeseitigung innerhalb der Stellungnahme des FB Umwelt, Landwirtschaft und Verbraucherschutz unter der Reg.-Nr. I/53/16 F1 sind nicht erforderlich.

5.1.2 öffentlich-rechtlicher Entsorgungsträger

Zum B-Plan wurde durch den öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger unter der Reg.-Nr. I/52/16 B4 und zum Flächennutzungsplan unter der Reg.-Nr. I/ 53/16 F3 Stellung genommen.

Änderungen oder Ergänzungen sind nicht erforderlich.

6. Belange des Fachdienstes Bevölkerungsschutz und Allgemeines Ordnungsrecht

6.1 Weiterführende Hinweise

6.1.1 Allgemein

Fischereirechtliche Belange sind durch das Vorhaben nicht betroffen.

Sollte das Vorhaben Auswirkungen auf bejagbare Fläche haben oder in der Folge zum Wegfall bejagbarer Flächen führen, sind die betroffenen Jagdgenossenschaften und Inhaber der Eigenjagdbezirke zu beteiligen. Es wird darauf hingewiesen, dass es bei der betroffenen Fläche nicht ausgeschlossen ist, dass diese von Wild aufgesucht wird. Es obliegt dem Eigentümer, geeignete Schutzmaßnahmen zu ergreifen.

7. Belange des Fachdienstes Verkehr

7.1 Weiterführende Hinweise

7.1.1 Allgemein

Gegen das Vorhaben bestehen straßenverkehrsbehördlich keine Bedenken.

Durch diese Stellungnahme bleibt eine aufgrund anderer Vorschriften bestehende Verpflichtung zum Einholen von Genehmigungen, Bewilligungen oder Anordnungen, insbesondere auf Grundlage der Straßen-Verkehrsordnung (StVO), unberührt.

Die formellen und materiellen Regelungsinhalte sowie Erfordernisse, die aus weiteren Rechtsvorschriften entstehen, bleiben von dieser Stellungnahme unberührt.

Für ein Erörterungsgespräch mit Bezug auf die o. g. Planung steht der im Briefkopf genannte Bearbeiter bei Bedarf zur Verfügung.

In Vertretung


Hamelow

Gemeinsame Landesplanungsabteilung

Gemeinsame Landesplanungsabteilung | Henning-von-Tresckow-Straße 2-8 | 14467 Potsdam

Amtsverwaltung Gransee
Fachbereich I – Planung/Städtebau
Postfach 5
16771 Gransee

Nur per mail: info@gransee.de

Henning-von-Tresckow-Straße 2-8
14467 Potsdam

Bearb.: Frau Madert

Gesch.-Z.: GL5.5-46113-105-
0306/2012 (vBP)
0423/99 (GFNP)

Tel.: 0331-866-8757

Fax: 0331-866-8703

Regina.Madert@gl.berlin-brandenburg.de

Internet: gl.berlin-brandenburg.de/

Potsdam, 2. November 2020

- Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 2 „Solarpark Großwoltersdorf“ (4. Entwurf, 08/2020)
- 5. Änderung des Flächennutzungsplans des Amtes Gransee u. Gemeinden (4. Entwurf, 08/2020)

Gemeinde / Ortsteil: Großwoltersdorf / Großwoltersdorf
Kreis: Oberhavel
Region: Prignitz-Oberhavel

Schreiben der Baukonzept Neubrandenburg GmbH vom 30.09.2020 im Auftrag der Gemeinde Großwoltersdorf

| | |
|-------------------------------------|--|
| <input type="checkbox"/> | Stellungnahme zur Zielfrage gemäß Art. 12 bzw. 13 des Landesplanungsvertrages |
| <input type="checkbox"/> | Stellungnahme im Rahmen der Beteiligung der Behörden gemäß § 4 Abs. 1 BauGB |
| <input checked="" type="checkbox"/> | Stellungnahme im Rahmen der Beteiligung der Behörden gemäß § 4 Abs. 2 BauGB |

Beurteilung der angezeigten Planungsabsicht:

| | |
|-------------------------------------|---|
| <input type="checkbox"/> | Die Planungsabsicht ist nicht hinreichend zu beurteilen. |
| <input type="checkbox"/> | Die Planungsabsicht steht im Widerspruch zu Zielen der Raumordnung. |
| <input type="checkbox"/> | Es ist derzeit kein Widerspruch zu Zielen der Raumordnung zu erkennen. |
| <input checked="" type="checkbox"/> | Die Planungsabsicht ist an die Ziele der Raumordnung angepasst (s. Erläuterungen). |

Erläuterungen

Zu der Planungsabsicht haben wir in den vergangenen Jahren vielfach Stellung genommen. Wesentliche raumordnerische Beurteilungsgrundlage ist nach wie vor der Regionalplan „Rohstoffsicherung“: Das gesamte Plangebiet bzw. der Änderungsbereich liegen nach dessen Festlegungskarte innerhalb des Vorranggebietes „Sicherung oberflächennaher Rohstoffe“ Nr. 38 „Groß Woltersdorf“, in dem gemäß **Ziel Z 1.1** die Gewinnung der Rohstoffe Vorrang vor anderen Nutzungsansprüchen hat. Dem Abbau der oberflächennahen Rohstoffe entgegenstehende Nutzungen sind innerhalb dieser Gebiete ausgeschlossen.

Eine andere Nutzung als die Rohstoffgewinnung ist in den Vorranggebieten möglich, wenn der Rohstoff bereits abgebaut ist und insoweit faktisch kein Zielkonflikt mehr besteht. Gegenüber der letzten Beteiligung wurde der Geltungsbereich des Bebauungsplanes / der Änderungsbereich des Flächennutzungsplanes deutlich verkleinert (von zuletzt ca. 45 ha auf jetzt ca. 6,4 ha). Nach der Begründung zum Bebauungsplan wurden

Dienstsitze

AL/SAL/GL 1, 2, 3, 5, 6 14467 Potsdam
GL 4 03046 Cottbus
GL 5 15236 Frankfurt (Oder)

Henning-von-Tresckow-Straße 2-8
Gulbener Straße 24
Müllroser Chaussee 54

Telefon

0331-866-8701
0355-494924-51
0335-60676-9931

Fax

0331-866-8703
0355-494924-99
0335-60676-9940

ÖPNV

Tram 92, 93, 96, Bus 606
Bus 16
Tram 3, 4, Bus 981

die nutzbaren Potenziale im Geltungsbereich hinsichtlich der Rohstoffgewinnung vollständig abgebaut. Auch das LBGR bestätigt aktuell gegenüber der Regionalen Planungsgemeinschaft Prignitz-Oberhavel, dass die Kiessande in diesem Bereich weitestgehend abgebaut sind. Somit steht Ziel 1.1 des Regionalplans der beabsichtigten Festsetzung als sonstiges Sondergebiet „Energiegewinnung auf der Basis solarer Strahlungsenergie“ nicht mehr entgegen.

Der FNP-Entwurf sieht eine Darstellung als „Sonderbaufläche mit hohem Grünflächenanteil“ vor. Das ist u.E. nicht hinreichend bestimmt und entspricht auch nicht der beabsichtigten Zweckbestimmung als Solarpark. Die Darstellung sollte konkretisiert und der vorgesehenen Nutzung angepasst werden.

Rechtliche Grundlagen zur Beurteilung der Planungsabsicht

- Landesentwicklungsprogramm 2007 (LEPro 2007) vom 18.12.2007 (GVBl. I S. 235)
- Landesentwicklungsplan Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg (LEP HR) vom 29.04.2019 (GVBl. II, Nr. 35)
- Regionalplan Prignitz-Oberhavel, Sachlicher Teilplan „Rohstoffsicherung“ (ReP Rohstoffe) vom 24.11.2010 (ABl. 47/12 S. 1657)
- Regionalplan Prignitz-Oberhavel, Sachlicher Teilplan „Freiraum und Windenergie“ (ReP FW), Satzung vom 21.11.2018
- Satzung über den Regionalplan Prignitz-Oberhavel, Sachlicher Teilplan „Grundfunktionale Schwerpunkte“ vom 08.10.2020 (ABl. Nr. 24, S. 525)

Bindungswirkung

Gemäß § 1 Abs. 4 BauGB sind Bauleitpläne den Zielen der Raumordnung anzupassen. Die Ziele der Raumordnung können im Rahmen der Abwägung nicht überwunden werden.

Die für die Planung relevanten Grundsätze und sonstigen Erfordernisse der Raumordnung sind aus den o. g. Rechtsgrundlagen von der Kommune eigenständig zu ermitteln und im Rahmen der Abwägung angemessen zu berücksichtigen.

Hinweise

- Der sachliche Teilregionalplan „Freiraum und Windenergie“ vom 21.11.2018 wurde am 17.07.2019 unter Ausnahme der Festlegungen zur Windenergienutzung genehmigt, tritt aber erst nach seiner Bekanntmachung in Kraft.
- Diese Stellungnahme gilt, solange die Grundlagen, die zur Beurteilung der Planung geführt haben, nicht wesentlich geändert wurden. Die Erfordernisse aus weiteren Rechtsvorschriften bleiben von dieser Mitteilung unberührt.
- Wir bitten
 - **Beteiligungen gemäß Landesplanungsvertrag zur Zielmitteilung/Trägerbeteiligung zu Bauleitplänen / Satzungen nur in digitaler Form durchzuführen;**
 - bei Mitteilungen über das Inkrafttreten von Bauleitplänen / Satzungen oder die Einstellung von Verfahren (vgl. Artikel 20 des Landesplanungsvertrages) den Plan / die Satzung und die Bekanntmachung **in digitaler Form als pdf-Datei** per E-Mail zu übersenden (oder alternativ mit Download-Link);
 - dafür ausschließlich unser **Referatspostfach** zu nutzen: gl5.post@gl.berlin-brandenburg.de.
- Information für den Fall der Erhebung personenbezogener Daten siehe folgenden Link: <https://gl.berlin-brandenburg.de/service/info-personenbezogene-daten-gl-5.pdf>.

Im Auftrag

gez. Madert

Regionale Planungsgemeinschaft Prignitz-Oberhavel

Regionale Planungsstelle

Regionalvorstand

Regionale Planungsgemeinschaft Prignitz-Oberhavel
Fehrbelliner Straße 31 – 16816 Neuruppin



Baukonzept Neubrandenburg GmbH
Gerstenstraße 9

17034 Neubrandenburg



Ansprechpartner
Herr Berger-Karin

Durchwahl
4549-13

Datum
02.11.2020

5. Änderung des Flächennutzungsplans (FNP) des Amtes Gransee u. Gemeinden sowie Aufstellung des vorhabenbezogenen Bebauungsplans (VBP) Nr. 2 „Solarpark Großwoltersdorf“ der Gemeinde Groß Woltersdorf

hier: Beteiligung der Behörden u. sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 2 BauGB

Sehr geehrte Damen und Herren,
wir bedanken uns für Ihr Schreiben vom 30.09.2020 (Posteingang: 03.10.2020) und möchten Ihnen hiermit die regionalplanerische Stellungnahme zu dem oben genannten Verfahren mitteilen.

Die Belange der Regionalen Planungsgemeinschaft Prignitz-Oberhavel basieren auf den folgenden Erfordernissen der Raumordnung:

- Satzung über den Regionalplan Prignitz-Oberhavel, Sachlicher Teilplan "Rohstoffsicherung/Windenergienutzung" (ReP-Rohstoffe) vom 24. November 2010 (ABl. 2012 S. 1659)
- Satzung über den Regionalplan Prignitz-Oberhavel, Sachlicher Teilplan "Freiraum und Windenergie" (ReP FW) vom 21. November 2018
- Satzung über den Regionalplan Prignitz-Oberhavel, Sachlicher Teilplan "Grundfunktionale Schwerpunkte" (ReP GSP) vom 8. Oktober 2020

Die 5. Änderung des Flächennutzungsplans (FNP) sowie der vorhabenbezogene Bebauungsplan (VBP) Nr. 2 „Solarpark Großwoltersdorf“ Gemeinde Großwoltersdorf sind mit den Belangen der Regionalen Planungsgemeinschaft Prignitz-Oberhavel **teilweise vereinbar**.

Begründung:

Die vorliegende 5. FNP-Änderung sowie der Entwurf des VBP Nr. 2 „Solarpark Groß Woltersdorf“ waren bereits mehrfach und zuletzt am 03.05.2017 Gegenstand der Bewertung der Vereinbarkeit mit den Belangen der Regionalplanung. Vor diesem Hintergrund nehmen

wir zu den vorliegenden kommunalen Bauleiplanentwürfen im Rahmen der erneuten Beteiligung wie folgt Stellung.

Änderung des FNP des Amtes Gransee u. Gemeinden

Zunächst ist festzustellen, dass sich die uns bekannte kommunale Planungsabsicht in dem Bereich der 5. Änderung des Flächennutzungsplans teilweise geändert hat.

So wurde der Geltungsbereich der geplanten Änderung des vorliegenden FNP-Entwurfs deutlich reduziert und umfasst nunmehr eine Fläche von 6 ha und hat die geplante Festlegung einer Sonderfläche mit hohem Grünanteil gem. § 5 Abs. 2 Nr. 1 im Vernehmen mit Nr. 10 BauGB zum Inhalt. In der Begründung zum FNP-Entwurf wird unter 1. Planungsanlass ausgeführt, dass der FNP die planungsrechtlichen Voraussetzungen für die Erzeugung von Solarstrom auf dem Areal eines ehemaligen Kiessandtagebaus schaffen sollen.

Vor diesem Hintergrund wird die Vereinbarkeit des geänderten FNP-Entwurfs mit den Belangen der Regionalplanung unter Berücksichtigung der o.g. Satzungen wie folgt bewertet. Der Geltungsbereich der FNP-Änderung ist gesamtträumlich Bestandteil des ca. 58 ha großen Vorranggebietes (VR) Sicherung oberflächennahe Rohstoffe Nr. 38 „Groß Woltersdorf“. Innerhalb der Vorranggebiete hat die Gewinnung oberflächennaher Rohstoffe Vorrang vor anderen Nutzungsansprüchen. Dem Abbau der oberflächennahen Rohstoffe entgegenstehende Nutzungen sind innerhalb der Gebiete ausgeschlossen (vgl. Teil III Z 1.1 ReP-RW).

Die geplante FNP-Änderung dient mit ca. 6 ha überwiegend der vorbereitenden bauleitplanungsrechtlichen Sicherung eines Gebietes zur Errichtung einer Photovoltaikfreiflächenanlage (PVA). Grundsätzlich gehören geplante Photovoltaikfreiflächenanlagen innerhalb von VR Rohstoffsicherung zu den der Gewinnung oberflächennaher Rohstoffe entgegenstehenden Nutzungen.

In den zurückliegenden Jahren erfolgte innerhalb des VR die Rohstoffgewinnung auf Grundlage eines zugelassenen Hauptbetriebsplanes mit einer Größe von ca. 36,6 ha. Der FNP-Änderungsbereich befindet sich innerhalb des ehemaligen Bergwerksfeldes.

Nach aktueller Auskunft des Landesbergamtes sind die Kiessande in der bergbaulich in Anspruch genommenen Fläche weitestgehend abgebaut.

Dementsprechend besteht für diese Teilfläche des VR nicht mehr das Erfordernis der vorrangigen Sicherung oberflächennaher Rohstoffe bzw. steht die Planungsabsicht der Gemeinde in dem Bereich nicht im Zielwiderspruch zu den Belangen der Regionalplanung und ist vereinbar.

Im Hinblick auf die Wiedernutzbarmachung abgebauter Rohstofflagerstätten vertritt die Regionalplanung den Grundsatz, dass unter Berücksichtigung der Entwicklungsziele der Landschaftsplanung, der Belange von Land- und Forstwirtschaft sowie der Abbausituation mit der Rekultivierung vorzugsweise die Wiederherstellung der ursprünglichen Nutzung angestrebt werden soll (vgl. Teil III G 1.4 ReP-RW).

Vor der bergbaulichen Inanspruchnahme war das Gebiet überwiegend landwirtschaftlich genutzt.

Die beabsichtigte bauleitplanerische Sicherung von Teilflächen des ehemaligen Tagesbaus zur geplanten Errichtung einer PVA hat dementsprechend nicht die vorzugweise Wiederherstellung der vorangegangenen Nutzung zum Inhalt und ist dementsprechend mit dem regionalplanerischen Grundsatz nicht vereinbar.

Hinweis:

Der vorliegenden FNP-Entwurf beabsichtigt die vorbereitende bauplanungsrechtliche Sicherung eines Gebietes zur geplanten Errichtung einer PVA durch Festlegung einer Sonderfläche mit hohem Grünanteil gem. § 5 Abs. 2 Nr. 1 u. 10. Nach unserer Einschätzung ist Voraussetzung für die geplante PVA die Festlegung einer Fläche nach Art der baulichen Nutzung (Baugebiet) gemäß BauNVO erforderlich. Vor diesem Hintergrund regen wir an die geplante Festlegung zu prüfen und gegebenenfalls zu ändern.

zu VBP-Entwurf Nr. 2 „Solarpark Groß Woltersdorf“

Der Geltungsbereich des vorliegenden VBP-Entwurfs entspricht der Fläche der ebenfalls geplanten FNP-Änderung in dem Bereich.

Der vorliegende VBP-Entwurf hat mit ca. 6 ha die verbindliche bauleitplanungsrechtliche Sicherung eines sonstigen Sondergebietes mit der Zweckbestimmung „Energiegewinnung auf der Basis solarer Strahlungsenergie“ (SO EBS) zum Inhalt.

Der Geltungsbereich des BP-Entwurf Nr. 2 „Solarpark Groß Woltersdorf“ ist gesamträumlich Bestandteil des ca. 58 ha großen Vorranggebietes (VR) Sicherung oberflächennahe Rohstoffe Nr. 38 „Groß Woltersdorf“.

Innerhalb der Vorranggebiete hat die Gewinnung oberflächennaher Rohstoffe Vorrang vor anderen Nutzungsansprüchen. Dem Abbau der oberflächennahen Rohstoffe entgegenstehende Nutzungen sind innerhalb der Gebiete ausgeschlossen (vgl. Teil III Z 1.1 ReP-RW).

Vor diesem Hintergrund wird die Vereinbarkeit des VBP-Entwurfes unter Berücksichtigung der eingangs getroffenen Ausführungen zur geplanten FNP-Änderungen mit den Belangen der Regionalplanung wie folgt bewertet.

Der BP-Entwurf dient mit ca. 6 ha der verbindlichen bauleitplanungsrechtlichen Sicherung eines Gebietes zur Errichtung einer Photovoltaikfreiflächenanlage (PVA). Grundsätzlich gehören geplante Photovoltaikfreiflächenanlagen innerhalb von VR Rohstoffsicherung zu den der Gewinnung oberflächennaher Rohstoffe entgegenstehenden Nutzungen.

Das geplante Sondergebiet „Energiegewinnung auf der Basis solarer Strahlungsenergie“ (SO EBS) befindet sich innerhalb der Fläche des ehemaligen Tagebaus Groß Woltersdorf. In diesem Bereich des VR Sicherung oberflächennaher Rohstoffe sind nach aktueller Auskunft des Landesbergamtes die Kiessande weitestgehend abgebaut.

Dementsprechend besteht für diese Teilfläche des VR nicht mehr das Erfordernis der vorrangigen Sicherung oberflächennaher Rohstoffe bzw. steht die Planungsabsicht der Gemeinde in dem Bereich nicht im Zielwiderspruch zu den Belangen der Regionalplanung und ist vereinbar.

Im Hinblick auf die Wiedernutzbarmachung abgebauter Rohstofflagerstätten vertritt die Regionalplanung den Grundsatz, dass unter Berücksichtigung der Entwicklungsziele der Landschaftsplanung, der Belange von Land- und Forstwirtschaft sowie der Abbausituation mit der Rekultivierung vorzugsweise die Wiederherstellung der ursprünglichen Nutzung angestrebt werden soll (vgl. Teil III G 1.4 ReP-RW).

Vor der bergbaulichen Inanspruchnahme war das Gebiet überwiegend landwirtschaftlich genutzt.

Die beabsichtigte bauleitplanerische Sicherung von Teilflächen des ehemaligen Tagesbaus zur geplanten Errichtung einer PVA hat dementsprechend nicht die vorzugsweise Wiederher-

stellung der vorangegangenen Nutzung zum Inhalt und ist dementsprechend mit dem regionalplanerischen Grundsatz nicht vereinbar.

Hinweis:

Die in südlicher, südwestlicher sowie in nordöstlicher Richtung außerhalb der Tagebaufäche gelegenen bergbaulich nicht in Anspruch genommen Teilflächen des VR Rohstoffsicherung beinhalten nach Information des Landesbergamtes weiterhin einen Rohstoffvorrat. Für diese Teilflächen gilt weiterhin das regionalplanerische Ziel der Sicherung des Abbaus oberflächennaher Rohstoffe gegenüber entgegenstehenden Nutzungen. Aktuell befinden sich diese Teilflächen der VR in landwirtschaftlicher Nutzung.

Hinweise!

Von den regionalplanerischen Zielen gehen eine Anpassungspflicht gemäß § 1 Abs. 4 BauGB bzw. eine Beachtungspflicht gemäß § 4 ROG aus. Die Grundsätze und sonstigen Erfordernisse der Raumordnung sind in der Abwägung zu berücksichtigen (ebd.).

Die Satzung über den Regionalplan Prignitz-Oberhavel, Sachlicher Teilplan "Rohstoffsicherung / Windenergienutzung" wurde mit Bescheid vom 14. Februar 2012 teilweise genehmigt. Von der Genehmigung ausgenommen sind die Festlegung des Vorbehaltsgebietes Nr. 65 "Sicherung oberflächennaher Rohstoffe" sowie die Festlegungen zur "Steuerung der Windenergienutzung". Der Regionalplan wurde zum Zwecke der Bekanntmachung entsprechend redaktionell angepasst und trägt nunmehr die Bezeichnung Regionalplan "Rohstoffsicherung".

Die Satzung über den Regionalplan Prignitz-Oberhavel, Sachlicher Teilplan "Freiraum und Windenergie" wurde mit Bescheid vom 17. Juli 2019 teilweise genehmigt. Von der Genehmigung ausgenommen sind die Festlegungen zur Steuerung der raumbedeutsamen Windenergienutzung. Hiergegen hat die Regionale Planungsgemeinschaft Prignitz-Oberhavel Rechtsmittel eingelegt. Die Festlegungen zum Freiraum und zu den Historisch bedeutsamen Kulturlandschaften wurden genehmigt. Die Bekanntmachung im Amtsblatt für Brandenburg hat noch zu erfolgen.

Die Satzung über den Regionalplan Prignitz-Oberhavel, Sachlicher Teilplan "Grundfunktionale Schwerpunkte" bedarf noch der Genehmigung durch die Gemeinsame Landesplanungsabteilung Berlin-Brandenburg. Bis zu der Bekanntmachung der Genehmigung im Amtsblatt für Brandenburg sind die festgelegten Grundfunktionalen Schwerpunkte als sonstige Erfordernisse der Raumordnung bei raumbedeutsamen Planungen und Maßnahmen sowie Entscheidungen über deren Zulässigkeit zu berücksichtigen (vgl. § 4 Absatz 1 Satz 1 i. V. m. 3 Absatz 1 Nr. 4 ROG).

Durch die regionalplanerische Stellungnahme bleibt die aufgrund anderer Vorschriften bestehende Verpflichtung zum Einholen von Genehmigungen, Bewilligungen oder Zustimmungen unberührt.

Nach Abschluss des Beteiligungsverfahrens bitten wir um Information über den Planungsfortgang. Insbesondere bitten wir um Zusendung des Abwägungsergebnisses sowie der genehmigten Satzung.

Nach Inkrafttreten der Satzung bitten wir auch darum, uns die Inhalte der Planzeichnung differenziert nach Art der baulichen Nutzung als Geodaten vorzugsweise im Shape-Format im Bezugssystem ETRS89 zur Verfügung zu stellen. Für technische Fragen wenden Sie sich bitte an Herrn Jäkel (juergen.jaekel@prignitz-oberhavel.de).

Für weitergehende Fragen stehen wir Ihnen gern zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag

Kuschel

Leiter der Planungsstelle



Landesamt für Umwelt
Postfach 60 10 67 | 14410 Potsdam

Amt Gransee und Gemeinden
Baustraße 56
16775 Gransee

| | | |
|--------------------------------------|------|-------|
| Amt Gransee und Gemeinden Eingang | | |
| M. 21. Okt. 2020 | | |
| O | FB I | FB II |

Bearb.: Frau Andrea Barenz
Gesch.-Z.: LfU_TÖB-
3700/886+6#299552/2020
Hausruf: +49 355 4991-1332
Fax: +49 33201 442-662
Internet: www.lfu.brandenburg.de
Andrea.Barenz@LfU.Brandenburg.de

Cottbus, 19. Oktober 2020

5. Änderung des Flächennutzungsplans des Amtes Gransee und Gemeinden

Stellungnahme als Träger öffentlicher Belange

Eingereichte Unterlagen:

- Anschreiben vom 30.09.2020
- Begründung mit Umweltbericht, 08/2020
- FFH-Verträglichkeitsprüfung
- Planzeichnung, 08/2020

Sehr geehrte Damen und Herren,

die zum o. g. Betreff übergebenen Unterlagen wurden von den Fachabteilungen Naturschutz, Immissionsschutz und Wasserwirtschaft (Prüfung des Belangs Wasserwirtschaft hier bezogen auf die Zuständigkeiten des Wasserwirtschaftsamtes gemäß BbgWG § 126, Abs. 3, Satz 3, Punkte 1-5 u. 8) des Landesamtes für Umwelt (LfU) zur Kenntnis genommen und geprüft. Im Ergebnis dieser Prüfung werden für die weitere Bearbeitung der Planungsunterlagen sowie deren Umsetzung beiliegende Stellungnahmen der Fachabteilungen Immissionsschutz und Wasserwirtschaft übergeben. Der Fachbereich Naturschutz kann kapazitätsbedingt keine Stellungnahme abgeben.

Mit freundlichen Grüßen
Im Auftrag

Andrea Schuster

Dieses Dokument wurde am 19. Oktober 2020 durch Andrea Schuster schlussgezeichnet und ist ohne Unterschrift gültig.

Anlage

Besucheranschrift:
Von-Schön-Strasse 7

03050 Cottbus

Tel: +49 0355 4991-1035

Fax: +49 0331 27548-3308

Hauptsitz:
Seeburger Chaussee 2
14476 Potsdam
OT Groß Glienicke

FORMBLATT

Beteiligung der Träger öffentlicher Belange an Bauleitplanverfahren und vergleichbaren Satzungsverfahren (§ 4 BauGB)

Stellungnahme des Trägers öffentlicher Belange

| | |
|---|--|
| Name/Stelle des Trägers öffentlicher Belange | Landesamt für Umwelt - Abteilung Wasserwirtschaft 1 und 2 |
| Belang | Wasserwirtschaft |
| Vorhaben | 5. Änderung des FNP des Amtes Gransee und Gemeinden, LK OHV |
| | |

Bitte zutreffendes ankreuzen ☒ und ausfüllen.

| | |
|---|-------------------------------------|
| Keine Betroffenheit durch die vorgesehene Planung | <input checked="" type="checkbox"/> |
|---|-------------------------------------|

| |
|--|
| 1. Einwendungen Einwendungen mit rechtlicher Verbindlichkeit aufgrund fachgesetzlicher Regelungen, die ohne Zustimmung, Befreiung o. Ä. der Fachbehörde in der Abwägung nicht überwunden werden können (bitte alle drei Rubriken ausfüllen) |
| a) Einwendung |
| |
| b) Rechtsgrundlage |
| |
| c) Möglichkeiten der Anpassung an die fachgesetzlichen Anordnungen oder die Überwindung (z. B. Ausnahmen oder Befreiungen) |
| |

| | |
|-----------------------------------|---|
| 2. Fachliche Stellungnahme | |
| <input type="checkbox"/> | Beabsichtigte eigene Planungen und Maßnahmen, die den o. g. Plan berühren können, mit Angabe des Sachstands und des Zeitrahmens |
| | |
| <input type="checkbox"/> | Sonstige fachliche Informationen oder rechtserhebliche Hinweise aus der eigenen Zuständigkeit zu dem o. g. Plan, gegliedert nach Sachkomplexen, jeweils mit Begründung und ggf. Rechtsgrundlage |

| |
|--|
| Dieses Dokument wurde am 16. Oktober 2020 durch Kirsten Genselin schlussgezeichnet und ist ohne Unterschrift gültig. |
|--|

FORMBLATT

Beteiligung der Träger öffentlicher Belange an Bauleitplanverfahren und vergleichbaren Satzungsverfahren (§ 4 BauGB)

Stellungnahme des Trägers öffentlicher Belange

| | |
|---|---|
| Name/Stelle des Trägers öffentlicher Belange | Landesamt für Umwelt - Abteilung Technischer Umweltschutz 2 |
| Belang | Immissionsschutz |
| Vorhaben | FNP Amt Gransee und Gemeinden, 5.Änderung, OHV |
| | |

Bitte zutreffendes ankreuzen ☒ und ausfüllen.

| | |
|---|--------------------------|
| Keine Betroffenheit durch die vorgesehene Planung | <input type="checkbox"/> |
|---|--------------------------|

| |
|--|
| 1. Einwendungen Einwendungen mit rechtlicher Verbindlichkeit aufgrund fachgesetzlicher Regelungen, die ohne Zustimmung, Befreiung o. Ä. der Fachbehörde in der Abwägung nicht überwunden werden können (bitte alle drei Rubriken ausfüllen) |
| a) Einwendung |
| b) Rechtsgrundlage |
| c) Möglichkeiten der Anpassung an die fachgesetzlichen Anordnungen oder die Überwindung (z. B. Ausnahmen oder Befreiungen) |

| | |
|---|---|
| 2. Fachliche Stellungnahme | |
| <input type="checkbox"/> | Beabsichtigte eigene Planungen und Maßnahmen, die den o. g. Plan berühren können, mit Angabe des Sachstands und des Zeitrahmens |
| <input checked="" type="checkbox"/> | Sonstige fachliche Informationen oder rechtserhebliche Hinweise aus der eigenen Zuständigkeit zu dem o. g. Plan, gegliedert nach Sachkomplexen, jeweils mit Begründung und ggf. Rechtsgrundlage |
| <p>Zu o.g. Entwurf bestehen aus Sicht des Immissionsschutzes keine Bedenken.</p> <p>Das Referat T21 hat im Rahmen der Behördenbeteiligung gemäß § 4 Abs.1 BauGB zu o.g. (Vor-) Entwurf zuletzt mit Schreiben vom 11.01.2018 bereits eine Stellungnahme abgegeben. Bis zum jetzigen Zeitpunkt sind uns keine neuen Erkenntnisse bekannt.</p> | |

Ansprechpartnerin: Referat T21 – Frau Maahs-Richter Tel.: 03391 838-522

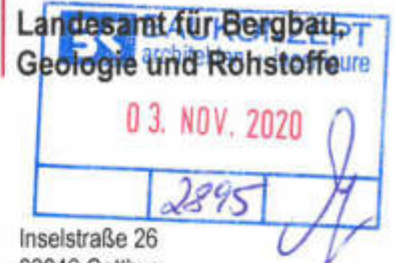
Dieses Dokument wurde am 6. Oktober 2020 durch Gerlinde Maahs-Richter schlussgezeichnet und ist ohne Unterschrift gültig.



LAND BRANDENBURG

LBGR | Postfach 10 09 33 | 03009 Cottbus

Baukonzept Neubrandenburg GmbH
Gerstenstraße 9
17034 Neubrandenburg



Inselstraße 26
03046 Cottbus

Bearb.: Herr Gerber
Gesch.-Z.: 74.21.53-3-143
Telefon: 0355 48 64 0 - 333
Telefax: 0355 48 64 0 - 110
E-mail: lbgr@lbgr.brandenburg.de
Internet: www.lbgr.brandenburg.de

Cottbus, 28. Oktober 2020

Beteiligung der Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Baugesetzbuch (BauGB)

A Allgemeine Angaben

5. Änderung des Flächennutzungsplans des Amtes Gransee und Gemeinden

Ihre Schreiben vom 7. September 2016, vom 30. März 2017 – 30268-züh, vom 20. Dezember 2017 – 30268-led/züh und vom 30. September 2020 – 31123-led/köh
Stellungnahmen des LBGR vom 4. Oktober 2016 – g23-1.10-1-4, vom 10. Mai 2017
und vom 10. Januar 2018 - 74.21.53-3-143

Sehr geehrte Damen und Herren,

im Rahmen seiner fachlichen Zuständigkeit für bergbauliche und geologische Belange äußert sich das Landesamt für Bergbau, Geologie und Rohstoffe (LBGR) auf der Grundlage der ihm vorliegenden Unterlagen und seiner regionalen Kenntnisse zu o. g. Planung wie folgt:

B Stellungnahme

Das LBGR hat im Rahmen der Behördenbeteiligung zum Entwurf von Februar 2017 zuletzt mit Schreiben vom 10. Januar 2018 eine Stellungnahme abgegeben.

Nach Prüfung der eingereichten Unterlagen haben sich aus unserer Sicht keine neuen entscheidungsrelevanten Sachverhalte ergeben. Somit behalten die in unseren o. g. Stellungnahmen getroffenen Aussagen auch im Rahmen der Entlassung des Kiessandtagebaus Großwoltersdorf aus der Bergaufsicht auch für den 4. Entwurf von August 2020 weiterhin ihre Gültigkeit.

Freundliche Grüße

Im Auftrag

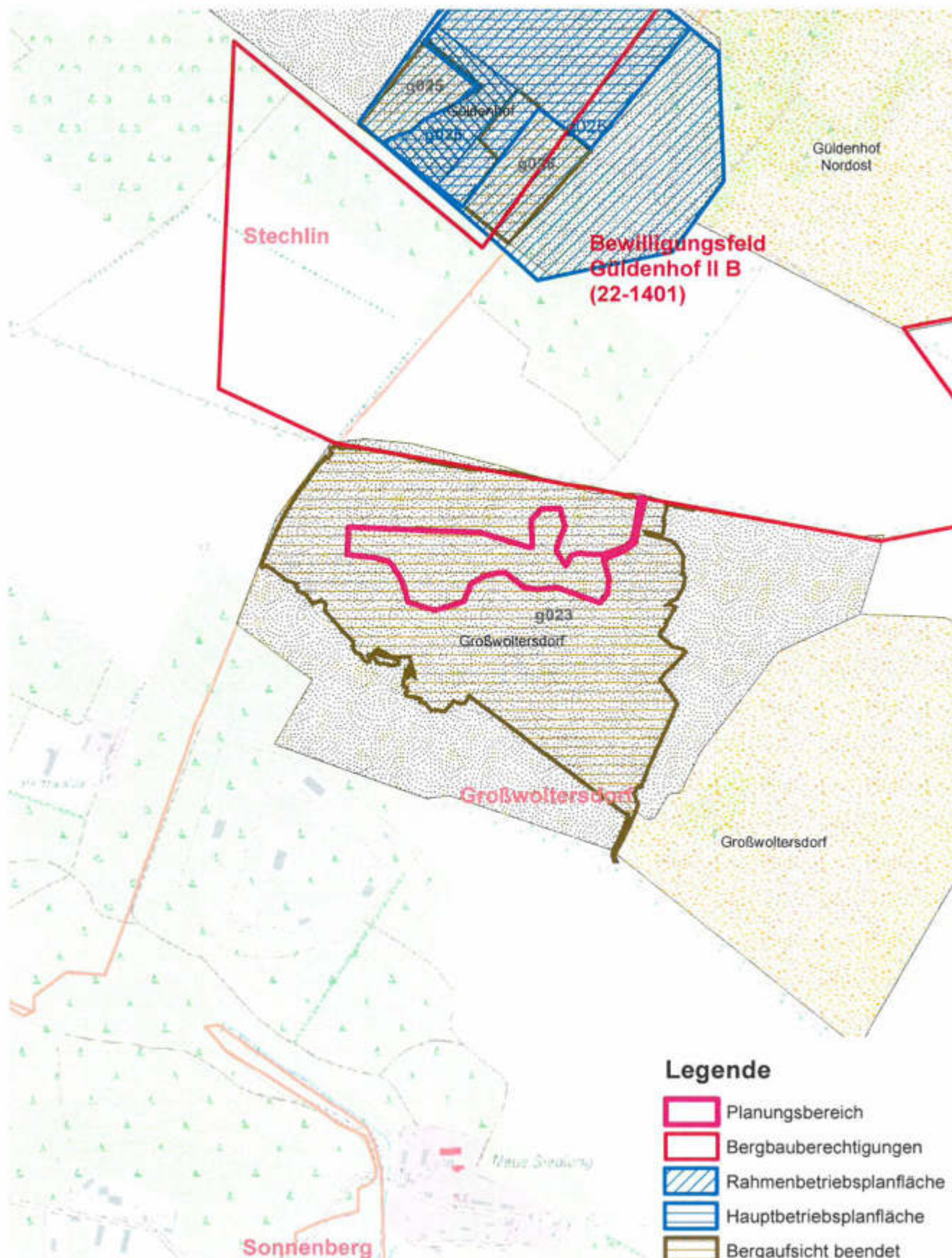
Gerber

Überweisungen an:

Landesbank Hessen-Thüringen
Kontoinhaber: Landeshauptkasse Potsdam
Konto-Nr.: 711 040 174 7
Bankleitzahl: 300 500 00

IBAN: DE 43 3005 0000 7110 4017 47
BIC-Swift: WELADEDXXX

5. Änderung des Flächennutzungsplans
des Amtes Gransee und Gemeinden
AZ:74.21.53-3-143



Legende

- Planungsbereich
- Bergbauberechtigungen
- Rahmenbetriebsplanfläche
- Hauptbetriebsplanfläche
- Bergaufsicht beendet
- Vorbehaltsgebiet
- Vorranggebiet

Geobasisdaten: © GeoBasis-DE/LGB <2014>

Maßstab: 1:10.000

Stand: Oktober 2020



LAND BRANDENBURG



Zentraldienst
Polizei Brandenburg

Zentraldienst der Polizei Brandenburg | Am Baruther Tor 20 | 15806 Zossen

Baukonzept Neubrandenburg GmbH
Gerstenstraße 9
17034 Neubrandenburg



Kampfmittelbeseitigungsdienst

Am Baruther Tor 20 Haus 5
15806 Zossen

Bearb.: Frau Donath
Gesch.-Z.: KMBD 1.23
Telefon: 033702 / 214-0
Fax: 033702 / 214 200
Internet: www.polizei.brandenburg.de
Kampfmittelbeseitigungsdienst@Polizei.Brandenburg.de

Zossen, 14.10.2020

Ortsname: **Großwoltersdorf**

Flur: **2** Flurstück: **13tw, 14tw, 15tw, 4tw, 5/1tw, 5/2tw**

Vorhaben: **Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 2 "Solarpark
Großwoltersdorf" sowie dazugehörige 5. Änderung des
Flächennutzungsplans - 4. Entwurf**

Ihr Zeichen: **30268 + 31123**

Reg. / RPL-Nr.: **201714920001**

(bei Schriftwechsel bitte angeben)

Ihr Schreiben vom: **30.09.2020**

Sehr geehrte Damen und Herren,

zur Beplanung des o. g. Gebietes bestehen keine grundsätzlichen Einwände.

Bei konkreten Bauvorhaben ist bei Notwendigkeit eine Munitionsfreigabe-
bescheinigung beizubringen. Darüber entscheidet die für das Baugenehmigungs-
verfahren zuständige Behörde auf der Grundlage einer vom Kampfmittel-
beseitigungsdienst erarbeiteten Kampfmittelverdachtsflächenkarte.

Diese Einschätzung gilt auch für zukünftige Änderungen dieses Planes.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag


Donath

Geschäftszeiten Bürgerservice: Mo, Di, Do: 07:30 - 12:00 Uhr und 13:00-16:00 Uhr
Fr: 07:30 - 13:00 Uhr

Die genannte E-Mail-Adresse dient nur für den Empfang einfacher Mitteilungen ohne Signatur und/oder Verschlüsselung.

Informationsblatt des Kampfmittelbeseitigungsdienstes zur Europäischen Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO)

Entsprechend Artikel 13 der europäischen Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) besteht die Pflicht, Sie über die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten zu informieren. Verantwortlich für die Datenerhebung im Sinne des Artikel 13 Absatz 1 Lit. a) DSGVO ist der Zentraldienst der Polizei des Landes Brandenburg (ZDPol), Bereich Kampfmittelbeseitigungsdienst (KMBD), mit folgender Anschrift: Am Baruther Tor 20, 15806 Zossen; Telefon: 033702/214-0; Email-Adresse: kampfmittelbeseitigungsdienst@polizei.brandenburg.de. Der Datenschutzbeauftragte des ZDPol ist gemäß Artikel 13 Absatz 1 Lit. b) DSGVO wie folgt erreichbar: Am Baruther Tor 20, 15806 Zossen, Telefon: 033702/91-482, Email-Adresse: Datenschutzbeauftragter.ZDPol@polizei.brandenburg.de.

Im Kampfmittelbeseitigungsdienst erfolgt die Bearbeitung Ihres Antrages/Ihrer Anfrage zur Überprüfung Ihres Grundstückes/Ihrer Flurstücke oder Ihres Bauvorhabens auf konkrete Kampfmittelbelastung. Die Rechtsgrundlage für die Datenverarbeitung durch den KMBD ergibt sich aus Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe e) DSGVO in Verbindung mit § 5 Absatz 1 Brandenburgisches Datenschutzgesetz. Die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten ist zur Erfüllung der dem KMBD durch die Brandenburgische Bauordnung und diesbezüglichen Verwaltungsvorschriften sowie dem Runderlass des Ministeriums des Innern vom 08. November 1994 – III Nr. 78/1994 – in der Fassung vom 26. August 1997 übertragenen Aufgaben erforderlich (Artikel 13 Absatz 1 Lit. c) DSGVO).

Dazu werden Ihre personenbezogenen Daten in einem Fachinformationssystem (FIS) erfasst und verarbeitet. Eine Weiterleitung der Daten innerhalb des ZDPol im Sinne des Artikel 13 Absatz 1 Lit. e) DSGVO erfolgt ausschließlich zum Bereich Verwaltung/Haushalt zur Erstellung eines Gebührenbescheides mit entsprechender Zahlungsabwicklung. Eine Übermittlung Ihres Namens, Ihrer telefonischen Erreichbarkeit und Informationen zum beantragten Grund- bzw. Flurstück an externe - vom KMBD beauftragte - Kampfmittelräumfirmen erfolgt nur, wenn Kampfmittelräummaßnahmen auf Ihrem Grundstück erforderlich sind, die nach Ihrer Zustimmung seitens des KMBD geplant und finanziert werden.

Der KMBD verarbeitet und speichert Ihre personenbezogenen Daten nur in dem zur Zweckerfüllung nötigen Umfang. Eine Anonymisierung aller personenbezogenen Daten im FIS-System erfolgt automatisiert bei Beendigung des Vorganges, i.d.R. innerhalb von drei Monaten. Sofern Kampfmittelräummaßnahmen für den beantragten Bereich tatsächlich erforderlich sind, wird die Anonymisierung der Daten nach erfolgtem Räumstellenabschluss und der Dokumentenarchivierung realisiert, spätestens jedoch nach zwei Jahren (Artikel 13 Absatz 2 Lit. a) DSGVO).

Sie haben das Recht, Auskunft über die zu Ihrer Person gespeicherten Daten zu erhalten (Artikel 15 DSGVO). Des Weiteren steht Ihnen ein Recht auf Berichtigung zu (Artikel 16 DSGVO), sofern durch den KMBD unrichtige personenbezogene Daten verarbeitet worden sind. Ferner können Sie die Löschung oder Einschränkung der Verarbeitung verlangen, sowie Widerspruch gegen die Verarbeitung einlegen (Artikel 17, 18 und 21 DSGVO), sofern die gesetzlichen Voraussetzungen vorliegen. Sollten Sie von diesen genannten Rechten Gebrauch machen, prüft der KMBD, ob die gesetzlichen Voraussetzungen hierfür erfüllt sind.

Ferner haben Sie gemäß Artikel 13 Absatz 2 Lit. d) DSGVO das Recht auf Beschwerde bei der zuständigen Aufsichtsbehörde (Art. 77 DSGVO), wenn Sie der Ansicht sind, dass Ihre personenbezogenen Daten rechtswidrig verarbeitet werden. Die Kontaktdaten der Landesbeauftragten für den Datenschutz und für das Recht auf Akteneinsicht im Land Brandenburg sind unter www.lida.brandenburg.de abrufbar.